

A. D. 1891.

CURRENTA I, II, III

W sprawie ekwiwalentu.

Aby ułatwić Duchowieństwu Parafialnemu sporządzenie fasyj ekwiwalentowych, podajemy do wiadomości i ustawę i odnośne formularze, według których fassyje sporządzać należy:

Ustawa.

Erllass des k. k. Finanzministeriums vom 25. Mai 1890,
betreffend die Einbekennung des dem Gebührenäquivalente unterliegenden Vermögens, dann die Bemessung und Entrichtung dieser Abgabe für das V. Decennium (1891 bis 1900).

(R. G. Bl. Nr. 101).

Behufs Regelung des Benehmens in Betreff der Einbringung der Bekenntnisse des nach Massgabe des Gesetzes vom 9. Februar 1850 (R.-G.-Bl. Nr. 50), der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Mai 1850 (R.-G.-Bl. Nr. 181), dann der Gesetze vom 13. December 1862 (R.-G.-Bl. Nr. 89), 29. Februar 1864 (R. G. Bl. Nr. 89), 27. December 1880 (R. G.-Bl. Nr. 1 ex 1881) und 15. April 1885 (R.-G.-Bl. Nr. 51) dem Gebührenäquivalente unterliegenden Vermögens, dann hinsichtlich der Bemessung und Entrichtung dieser Abgabe für das V. Decennium (1890—1900) werden nachstehende Bestimmungen bekannt gegeben:

I. Verfassung der Bekenntnisse.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Gegenstand der Einbekennung.

§. Die Bekenntnisse haben zu umfassen:

a) das gesammte der äquivalentpflichtigen Person, dieselbe mag im Inlande oder im Auslande ihren Wohnsitz haben, gehörige, in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern liegende unbewegliche Vermögen ohne Unterschied der rechtlichen Eigenschaft des Besitzes, mit den damit verbundenen Nutzungsrechten, und ohne Unterschied, ob der Besitz in den öffentlichen Büchern eingetragen ist oder nicht und ob die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes bereits mit Beginn des fünften Decenniums, oder erst in einem späteren Zeitpunkte eintritt.

Der Umstand, dass der Gebührenpflichtige den Gebrauch oder Fruchtgenuss

Teol. vol. ~~7557~~ 8501

3105

eines Gegenstandes an eine dritte Person überlassen hat oder die zeitliche Befreiung von der Grund- oder Gebäudesteuer genießt, enthebt ihn nicht von der Verpflichtung zur Einbekennung des Vermögens und zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes.

Es müssen daher auch die einer *Gemeinde incorporierten Beneficien* und die dritten Personen zum Genusse überlassenen unbeweglichen Sachen, dann alle Rechte, welche mit einer unbeweglichen Sache in der Art verbunden sind, dass sie dem jeweiligen Besitzer wegen des Besitzes der unbeweglichen Sache zustehen, vollständig und genau einbekannt werden.

Die Bekenntnisse haben ferner zu enthalten:

b) die Darstellung des gesammten, wo immer befindlichen beweglichen Vermögens der äquivalentpflichtigen Personen, welche im Geltungsgebiete der gegenwärtigen Verordnung ihren Wohnsitz haben;

die Angabe des beweglichen Vermögens juristischer Personen, welche ihren Wohnsitz in den Ländern der ungarischen Krone, haben, wenn dasselbe wegen seiner Widmung für einen bestimmten Zweck sich in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern unter öffentlicher Verwaltung und Überwachung befindet;

die Angabe des im Geltungsgebiete der gegenwärtigen Verordnung befindlichen beweglichen Vermögens juristischer Personen, welche im Auslande ihren Wohnsitz haben.

§. 2. Das Gesetz macht in Bezug auf den Gegenstand des Gebührenäquivalentes zwischen Vermögen und Vermögensstamm keinen Unterschied.

Unter jenen Antheilen am Vermögensstamme der Gemeinde, oder Hauptstamme des gemeinschaftlichen Vermögens, von welchem in der Tarifpost 106 B. e. des Gesetzes vom 13 Dezember 1862 gesprochen wird, sind nur solche zu verstehen, welche von dem einzelnen Mitgliede während des Bestandes der Gemeinschaft an dritte Personen frei übertragen werden können.

Das Vermögen ist nach dem Stande am Beginne der Decennialperiode einzubekennen.

Das *unbewegliche* Vermögen unterliegt dem Gebührenäquivalente vom *Bruttowerte*, es findet daher ein Abzug der Hypothekarschulden nicht statt.

Das Gebührenäquivalent für das *bewegliche* Vermögen richtet sich nach dem *reinen Werte*.

2. *Personen, welche zur Einbringung der Bekenntnisse verpflichtet sind.*

§. 3. Die Einbekennung des gebührenäquivalentpflichtigen Vermögens obliegt: für kirchliche und weltliche Stiftungen, ohne Unterschied des Zweckes derselben, *den Verwaltern*;

für nicht incorporierte Beneficien, für das Vermögen der Erzbisthümer und Bisthümer *den Nutzniessern* und im Falle der Vacanz *den Administratoren, Provisoren* (Verwaltern der Intercalareinkünfte);

für Kirchen *den Kirchenvermögensverwaltern*; für Dom- und Collegialcapitel, Propsteien, Stifte, Klöster und andere kirchliche Corporationen (Convente) *den Vorständen*;

für das Landesvermögen (Landesfond, Domesticalfond) und sonstige vom Lande verwaltete Zweckvermögen *dem Landesausschusse*.

für Gemeinden (Ortsgemeinden, Fractionen, Bezirks-Concurrenzgemeinden u. d. gl.) den Gemeindevorstehern (Obmännern), für Vereine und Anstalten, Actienunternehmungen, für die nach den §§. 137 u. ff. des Berggesetzes vom 23. Mai 1854 (R.-G.-Bl. Nr. 146) constituirten Gewerkschaften und Bergwerks-Unternehmungen und andere Erwerbsgesellschaften u. d. gl. den Directoren, Vorständen oder sonstigen Bevollmächtigten und gesetzlichen Vertretern.

3. Form der Einbekennung.

§. 4. Das *unbewegliche* Vermögen ist nach den beiliegenden Mustern A₁ und A₂, das *bewegliche* nach dem Muster B, und die dem Gebührenäquivalente unterliegenden Nutzungsrechte (wie das Jagd-, Fischerei-, Mühl-, Schank-, Markt-, Mauth-Ueberfuhrsrecht u. d. gl.) sind nach dem Muster C abgesondert und nach dem Vermögensstande vom 1. Jänner 1891 einzubekennen.

Diese Muster sammt Einlagsbögen zu denselben werden von den Finanz-Landesbehörden sogleich in Druck gelegt und den Parteien gegen Vergütung der auf der Fassion ersichtlich gemachten Gestehungskosten verabfolgt.

Das Vermögen der *Beneficien*, *Kirchen* und *Stiftungen* ist nicht *vermengt*, sondern getrennt einzubekennen.

Gesellschaften, Vereine und Anstalten, welche zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, haben dem Bekenntnisse auch die Bilanz respective den Rechnungsabschluss für das Jahr 1890 beizulegen.

§. 5. Wenn die äquivalentpflichtige Partei unbewegliche Sachen besitzt, welche in verschiedenen Steuerbezirken liegen, so hat dieselbe für jeden Steuerbezirk über die in demselben gelegenen unbeweglichen Sachen eine abgesonderte Fassion zu legen.

Jede dieser Fassionen ist für sich abzuschliessen.

Diese abgesonderten Fassionen sind auf dem Titelblatte fortlaufend arithmetisch zu numerieren.

Die einzelnen Abschlüsse sind in einer eigenen Tabelle nach dem Muster der entsprechenden Fassionsdrucksorte in derselben Reihenfolge zusammenzustellen und ist sodann das Gesamtergebnis anzusetzen.

Diese mit der Aufschrift: „Zusammenstellung“ zu versehende Tabelle hat zugleich den Umschlag (Mantelbogen) für die einzelnen in arithmetischer Ordnung gereihten Bekenntnisse zu bilden.

Sowohl jede Fassion, als auch die abgesonderte Zusammenstellung der Abschlüsse ist von dem Gebührenpflichtigen mit Beifügung des Ortes und des Datums zu fertigen.

Ist der Gebührenäquivalentpflichtige nach seinem Wohnorte nicht in der Lage, etwa nöthige Aufklärungen über das Bekenntnis mündlich zu geben, so hat er für diesen Zweck eine mit den Verhältnissen vertraute Person im Bezirke zu benennen und dieselbe auch zu ermächtigen, nöthigenfalls ein Übereinkommen über die Grundlagen der Gebührenbemessung mit den Organen der Steuerverwaltung gültig abzuschliessen.

Besondere Bestimmungen.

1. *Angabe der einzelnen Bestandtheile des unbeweglichen Vermögens.*

§. 6. Grundstücke von gleicher Cultur sind zwar mit ihren Parcellennummern anzuführen, aber es genügt, das Flächenmass, den Reinertrag und die Steuer derselben bloss summarisch anzugeben. (Muster A|1).

Die Gebäude sind nach Anweisung der Rubriken in dem Muster A|2 anzuführen und zu beschreiben.

Ein Gebäude, welches auf einer Grundfläche erbaut ist, die sich schon länger als zehn Jahre im Besitze des Äquivalentpflichtigen befindet, ist einzubekennen, wenn es auch noch nicht zehn Jahre besteht, da in Bezug auf den Beginn der Äquivalentpflicht nicht der Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes, sondern jener der Erwerbung der Bauarea massgebend ist.

§. 7. In das Bekenntnis A|1 und A|2 sind auch, und zwar am Schlusse desselben, diejenigen unbeweglichen Sachen aufzunehmen, für welche der Bekenntnisleger die Gebührenfreiheit in Anspruch nimmt, und ist der Befreiungsgrund anzugeben.

§. 8. Die, den nach den §§. 137 und ff. des Berggesetzes vom 23. Mai 1854 (R.-G.-Bl. Nr. 146) constituirten Gewerkschaften und Bergwerksunternehmungen gehörigen Realitäten sind, insoweit sie der Grund- und Gebäudesteuer überhaupt nicht unterliegen, auch vom Gebührenäquivalente befreit.

§. 9. Jene unbeweglichen Sachen, für welche die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes nach den Bestimmungen des §. 16 und der Tarifpost 106 B. e. Anmerkung 3 des Gesetzes vom 13. December 1862, dann nach der Verordnung vom 20 December 1862 (R.-G.-Bl. Nr. 102) erst nach dem 1. Jänner 1891 eintritt, sind nicht förmlich einzubekennen, sondern in einem besonderen Verzeichnisse (nach dem beiliegenden Muster A|3) mit Angabe des Gegenstandes, des Rechtstitels und des Zeitpunktes der Erwerbung (bei den Gebäuden der Bauarea), dann des Amtes, bei welchem die Gebühr für die Erwerbung vorgeschrieben wurde, und des diesfälligen Zahlungsauftrages auszuweisen.

Es haben daher auch diejenigen juristischen Personen, welche am 1. Jänner 1891 noch nicht 10 Jahre bestehen, vorläufig nur ein Verzeichnis der obengedachten Art über die ihnen gehörigen unbeweglichen Sachen zu überreichen.

Dagegen werden die förmlichen Bekenntnisse über die in den vorstehenden beiden Absätzen dieses Paragraphes erwähnten Sachen erst nach dem Eintritte der Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes für dieselben innerhalb der unten (§. 21) festgesetzten Frist vorzulegen sein.

§. 10. Die unbeweglichen Sachen sind nach Vorschrift des §. 50 des Gebührengesetzes vom 9 Februar 1850 mit dem gemeinen Werte einzubekennen.

Der Wert der Grundstücke ist im allgemeinen mit Berücksichtigung der in der Gemeinde, wo dieselben liegen, ortsüblichen Kaufpreise aus der letzten Zeit, bei Gebäuden und dem fundus instructus nach den gegenwärtigen Herstellungs-, rücksichtlich Anschaffungskosten, einzubekennen.

§. 11. Erklärt der Gebührenpflichtige, dass er, in Ermanglung von Anhaltspunkten zur genauen Wertsbestimmung der unbeweglichen Sachen, bereit sei, den Wert der Grundsteuer unterliegenden Realitäten mit dem 108 fachen der Grundsteuer ohne Nachlass, den Wert der der Hausclassensteuer unterliegenden Gebäude mit dem 100 fachen, den Wert der der Hauszinssteuer unterliegenden Gebäude mit dem 60 fachen dieser Steuer anzuerkennen, so *kann* auf Grund dieses Wertes die Vorschreibung erfolgen.

Bei Eisenbahnunternehmungen, welche das auf Grund und Boden, Erd- und Kunstarbeiten, Unter- und Oberbau und das sämmtliche unbewegliche Zugehör, als: Bahnhöfe, Auf- und Abladeplätze, Bahnbetriebe erforderlichen Gebäude an den Abfahrts und Ankunftsplätzen, Wach- und Aufsichtshäuser sammt allen als unbeweglich zu betrachtenden Einrichtungen an stehenden Maschinen und allen unbeweglichen Sachen aufgewendete Capital nicht nachweisen, sondern erklären, dass sie die Bewertung nach der 300 fachen Hauszinssteuer, nach dem 500 fachen der Grundsteuer ohne Nachlass und der 500 fachen Hausclassensteuer anerkennen, *kann* dieser Wert zur Grundlage der Gebührenäquivalentbemessung auf dem Wege der Vereinbarung angenommen werden.

Der in dem Pauschalantrage etwa nicht enthaltene abgesonderte unbewegliche Besitz ist nach Vorschrift des §. 5 steuerbezirksweise einzubekennen.

Dieselben Massstäbe sind einer provisorischen Bemessung gegen nachträgliche Richtigstellung zugrunde zu legen, wenn das Bekenntnis nicht rechtzeitig oder nicht vollständig eingebracht wurde, oder die durch das Bekenntnis veranlassten Erhebungen eine längere Zeit in Anspruch nehmen.

2. *Angabe der Nutzungsrechte.*

§. 12. In das Muster C sind zuerst jene Rechte einzustellen, welche zu den unbeweglichen Sachen gezählt werden, wie in der Regel: das Jagd-, Fischerei-, Mühl- und Schankrecht u. s. w. Diesen sind dann diejenigen Rechte nachzureihen, welche zu den beweglichen Sachen gerechnet werden, wie in der Regel: das Markt-, Mauth-, Überfuhrsrecht u. s. w. Für jede Gattung ist ein eigener Abschluss zu machen.

Bezüglich des Jagdrechtes hat die Gemeinde anzugeben, ob ihr dasselbe von dem eigenen Grundbesitze zusteht (wozu ein arrondierter Besitz von 200 Joch = 115 Hektar erforderlich ist) oder (wenn ihr Grundbesitz kleiner ist), welcher Betrag von dem Ertrage des Jagdrechtes verhältnismässig auf ihren Grundbesitz entfällt, dann ob ein und welcher Betrag des Jagdertrages von den Grundbesitzern der Gemeinde, als solcher, förmlich und bleibend abgetreten worden ist.

Marktgebühren, Standgelder u. dgl. sind nur dann kein Gegenstand des Gebührenäquivalentes, wenn der Nachweis erbracht wird, dass sie lediglich auf Grund der §§. 69 und 70 der Gewerbe-Ordnung vom 20 December 1859 als Entgelt für die der Gemeinde erwachsenen, mit der Abhaltung des Marktes verbundenen Auslagen behördlich bewilligt und bemessen sind.

Liegt dieser Nachweis nicht vor, so ist der Ertrag der Markt- und Standgelder bei der Bemessung des Gebührenäquivalentes als Bestandtheil des beweglichen Vermögens einzubeziehen.

Bei Ermittlung des Wertes des einer Gemeinde zustehenden Mautrechtes in Absicht auf die Gebührenäquivalentsbemessung können nur die Kosten der Strassenerhaltung im allgemeinen und die Auslagen der Mautregie, nicht aber speciell Pflasterungs- und Beleuchtungsauslagen, welche die Gemeinde als solche treffen, als Abzugsposten passiert werden.

3. Angabe des beweglichen Vermögens (nach Muster B).

§. 13. Die Einbekennung des *beweglichen* Vermögens hat nach dem Vermögensstande vom 1. Jänner 1891, auf welchen Zeitpunkt auch die Wertsbestimmung zu beziehen ist, zergliedert in der Art eines Nachlassinventars und so stattzufinden, dass die Angemessenheit der mit Berücksichtigung der §§. 51 und 52 des Gesetzes vom 9 Februar 1850 und des §. 8 des Gesetzes vom 13. December 1862 beizufügenden Wertsangaben hiernach beurtheilt werden kann.

Bei öffentlichen Obligationen und Wertpapieren, welche einem Börsencurse unterliegen, ist die Gattung, die Zeit der Ausstellung, der Nominalbetrag, auf welchen sie lauten, die Serie und Nummer, der allfällige Zinsfuss und der Curswert anzugeben und bei einer grossen Anzahl solcher Papiere dem Bekenntnisse, Muster B, eine Specification hierüber beizuschliessen.

In das Bekenntniss ist zugleich der bare Kassastand am 1. Jänner 1891 ohne Rücksicht auf Zweck und Verwendung einzustellen.

Zinsen überhaupt sind nur dann einzusetzen, wenn sie aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1891 rückständig sind.

§. 14. Feuerlöschrequisiten, welche Gemeindeeigenthum sind, sind kein Gegenstand des Gebührenäquivalentes, wenn dieselben infolge Vereinbarung einem freiwilligen Feuerwehrrvereine zur Benützung überlassen werden.

§. 15. Auf bewegliche Sachen, welche nicht durch Schenkung, Stiftung oder Vermögensübertragung von Todeswegen erworben wurden, hat die Anmerkung 3 zur T. P. 106 B. e. des Gesetzes vom 13. December 1862 keine Anwendung.

Dieselben unterliegen daher, ohne Rücksicht auf die Besitzdauer, vom 1. Jänner 1891 an dem Gebührenäquivalente, wenn sie sich auch noch nicht 10 Jahre im Besitze des Gebührenpflichtigen befinden, beziehungsweise, wenn auch die juristische Person am 1. Jänner 1891 noch nicht 10 Jahre besteht.

§. 16. Dem Bekenntnisse über das gesammte bewegliche Vermögen ist sodann ein Nachweis des im Zeitpunkte, auf welchen das Bekenntnis zu beziehen ist, auf dem beweglichen und dem hierländigen unbeweglichen Vermögen vorhandenen Passivstandes beizufügen und zuletzt der dem Gebührenäquivalente unterliegende Rest des Vermögens darzustellen.

Haften jedoch die Passiven zugleich auf einem im Auslande oder in den Ländern der ungarischen Krone befindlichen unbeweglichen Vermögen des Äquivalentpflichtigen, so ist von dem beweglichen Vermögen nur jener Betrag der Passiven in Abzug zu bringen, der verhältnismässig nach der Vorschrift des §. 57 des Gesetzes vom 9. Februar 1850 auf das diesseitige unbewegliche Vermögen entfällt.

Passiven, die bloss auf dem im Auslande oder in den Ländern der ungarischen Krone gelegenen unbeweglichen Vermögen des Äquivalentpflichtigen haften, sind daher zum Abzuge vom beweglichen Vermögen nicht geeignet.

§. 17. Sowie die Activ- sind auch die Passivcapitalien in ihrem nominellen und effectiven Werte anzugeben. Die Tilgung von Passiven während der Vorschreibungsperiode bewirkt keine Änderung im Gebührenaussmasse.

Mit Rücksicht auf den §. 105 des kaiserlichen Patentes vom 9. August 1854 R.-G.-Bl. Nr. 208) dürfen von dem Activvermögen zur Darstellung des reinen beweglichen Vermögens nur die Schulden, das heisst jene Beträge abgerechnet werden, auf welche im massgebenden Zeitpunkte dritten Personen ein Forderungsrecht zustand, also Beträge, infolge welcher der Vermögensstamm vermindert wird.

Auslagen, welche eine äquivalentpflichtige Person als solche auf Grund einer derselben, sei es aus einem speciellen Gesetze, einer Verordnung oder aus einem besonderen Titel obliegenden Verpflichtung aus den laufenden Einkünften zu bestreiten hat, können nicht als Passivum betrachtet werden, sondern stellen bloss eine Wertsverminderung des Einkommens, nicht aber der Substanz des Vermögens dar.

§. 18. Bei Bewertung der Stiftungen (insbesondere bei Messenstiftungen) sind die aus der Stiftung zu leistenden Verbindlichkeiten nicht in Abzug zu bringen.

Diese Verbindlichkeiten sind nur dann anzugeben, wenn für die Stiftung die Gebührenbefreiung in Anspruch genommen wird.

§. 19. Findet eine gesetzliche Befreiung statt, so ist dieselbe geltend zu machen und die behördliche Anerkennung zu erwirken.

Das bewegliche Vermögen der *geistlichen und Knaben-Seminarien unterliegt gleichfalls dem Gebührenäquivalente*, soferne es nicht ein zu Unterrichtszwecken gestiftetes ist.

Die Erhaltung von *Zöglingen und Novizen kann nicht als Unterrichtszweck* angesehen werden.

Schulfonds- und Spitalsfondscapitalien, soferne nicht urkundlich nachgewiesen wird, dass deren Interessen zu Unterrichts-, Schul- beziehungsweise Spitalszwecken gestiftet, das ist auf immerwährende Zeiten bestimmt sind, ferner Stiftsbibliotheken, wenn sie Eigenthum der Corporation sind und nicht ein von dieser zu Unterrichtszwecken bleibend gewidmetes, vom Eigenthum der Corporation getrenntes, selbständiges Vermögen bilden, sind dem *Gebührenäquivalente* unterworfen; dagegen unterliegen demselben nicht: *die Stolagegebühren, Opferstock- und andere derlei als Gegenleistung oder freiwillige Gaben dem Pfarrbeneficiaten zukommenden Bezüge*, da diese nicht aus dem Vermögen des Beneficiums fliessen, dann das, was dem Pfarrbeneficiaten aus abgesonderten Stiftungen, wovon das Gebühreäquivalent abgesondert bemessen wurde zukommt.

Der Umstand, dass ein Theil des Vermögens einer juristischen Person (Absatz 1 der Tarifpost 106, B. e. des Gesetzes vom 13. December 1862) in Anlagepapieren besteht, welche nach dem Einkommensteuergesetze volle Steuerfreiheit geniessen, begründet für diesen Vermögensbestandtheil nicht die Gebührenäquivalentsbefreiung, wenn diese letztere der juristischen Person nicht schon an sich gesetzlich zukommt.

Dem beweglichen Vermögen der Vereine und Anstalten zu Unterrichts-, Wohlthätigkeits- und Humanitätszwecken kommt die Gebührenbefreiung nach Tarifpost 106, B. e. Anmerkung 2 d nur dann zu, wenn dasselbe nach den Statuten dieser Vereine und Anstalten den erwähnten Zwecken nicht mehr entfremdet werden darf.

Die Freiwilligen Feuerwehrvereine sind in Ansehung ihrer Unterstützungscassen dann ihrer Feuerwehrgeräthschaften und ihres sonstigen beweglichen Vermögens nach Anmerkung 2 d zur Tarifpost 106, B. e. des Gesetzes vom 13. December 1862 vom Gebührenäquivalente befreit, wenn durch die Statuten des bezüglichen Vereines die dauernde Widmung zu humanitären und Wohlthätigkeitszwecken nachgewiesen wird.

Auch Inhaber von Beneficien, welche auf Grund des Gesetzes vom 15. Februar 1877 (R.-G.-Bl. Nr. 98) die persönliche Befreiung vom Gebührenäquivalente in Anspruch nehmen, haben das bewegliche und unbewegliche Vermögen des Beneficiums einzubekennen und die behördliche Anerkennung der Befreiung zu erwirken.

Bei Beurtheilung dieses letzteren Anspruches hat nur das aus der Innehabung des Beneficiums fließende Einkommen, ohne Rücksicht auf ein sonstiges persönliches Einkommen, welches nicht aus der Pfründe herrührt, in Betracht zu kommen.

Es kann daher weder eine Congruaergänzung, noch eine dem Beneficiumsinhaber aus dem Religionsfonde zeitweise gewährte Personalzulage oder Unterstützung als ein Einkommen des Beneficiums veranschlagt werden.

Soweit es sich aber darum handelt, zu ermitteln, ob dem Beneficiaten ein reines Pfründeneinkommen verbleibt, sind folgende Auslagen zu berücksichtigen:

- a) Jene für *jeden Hilfspriester*, welchen der Beneficiat zu erhalten hat;
- b) alle Auslagen, welche zu Gunsten dritter Personen aus dem Pfründenvermögen nach der *Bestimmung der Stiftung gemacht werden* müssen, als zum Beispiel für eine Kirche, Schule, ein Hospital u. s. w.
- c) Alle *Steuern und öffentlichen Abgaben* sammt *Zuschlägen, Passirzinsen* u. s. w., welche der Beneficiat zu bestreiten verpflichtet ist.

II. Frist zur Einbringung der Bekenntnisse und Vermögensnachweisungen.

§. 20. Die Bekenntnisse über das Vermögen, welches am 1. Jänner 1891 bereits gebührenäquivalentpflichtig ist, dann die im §. 9 erwähnten Nachweisungen über das Vermögen, welches erst nach dem 1. Jänner 1891 gebührenäquivalentpflichtig wird, *sind spätestens bis Ende April 1891 einzubringen.*

§. 21. Jene unbeweglichen und beweglichen Sachen, bei denen die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes nach den Bestimmungen des §. 16 und der Tarifpost 106, B. e. Anmerkung 3 des Gesetzes vom 13. December 1862 und Absatz 10 der Verordnung vom 20. December 1862 (R.-G.-Bl. Nr. 102), erst nach dem 1. Jänner 1891 eintritt, sind innerhalb acht Tagen nach dem Eintritte der Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes unter Angabe des Wertes nach den Verhältnissen des Tages, an welchen diese Verpflichtung eingetreten ist, auf den vorgeschriebenen Mustern gehörig einzubekennen.

Juristische Personen, deren bewegliches Vermögen ausschliesslich aus zumeist kleinen Beträgen durch Schenkungen oder Legate sich bildet, können von der Pflicht zu dieser fallweisen Einbekennung gegen dem enthoben werden, dass sie mit Schluss eines jeden Jahres über alle im Laufe desselben in die Äquivalentpflicht neu eingetretenen Vermögenstheile eine Gesamtnachweisung einbringen.

§. 22. Erwerbsgesellschaften, welche ursprünglich nur auf 15 oder weniger Jahre errichtet wurden, deren Dauer aber nachträglich in dem Masse erstreckt wurde oder erstreckt wird, dass die Gesamtdauer 15 Jahre überschreitet, haben das Bekenntnis innerhalb 8 Tagen, vom Tage der festgesetzten oder bewilligten Erstreckung angefangen, beziehungsweise innerhalb der Fristen der §§. 20 und 21, Absatz 1, einzubringen.

III. Behörden, bei welchen die Bekenntnisse einzubringen sind.

§. 21. Die Äquivalentpflichtigen in Wien, Prag und Lemberg, in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Krain, Schlesien, im Küstenlande und in der Bukowina haben ihre Bekenntnisse bei den in diesen Städten und Ländern aufgestellten Gebührenbemessungsämtern zu überreichen, während alle sonstigen Gebührenpflichtigen innerhalb der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ihre Bekenntnisse bei den Finanzbezirksdirectionen, zu welchen sie ihrem Wohnsitze nach zuständig sind, einzubringen haben.

Die Bekenntnisse über die der Gebühr unterliegenden, im Geltungsgebiete dieser Verordnung gelegenen unbeweglichen Sachen solcher Personen, die ihren Wohnsitz ausserhalb dieses Gebietes haben, sind bei dem Centraltax- und Gebührenbemessungsamte in Wien zu überreichen.

Dasselbe gilt hinsichtlich des beweglichen Vermögens solcher juristischer Personen, welche ihren Wohnsitz in den Ländern der ungarischen Krone haben, wenn dasselbe wegen seiner Widmung für einen bestimmten Zweck sich in dem anderen Theile des Reiches unter öffentlicher Verwaltung oder Überwachung befindet, dann in Ansehung des im Geltungsgebiete dieser Verordnung befindlichen beweglichen Vermögens juristischer Personen, welche ihren Sitz im Auslande haben.

IV. Folgen der Unterlassung der rechtzeitigen Einbringung des Bekenntnisses.

§. 24. Auf die Unterlassung der rechtzeitigen Einbekennung, rücksichtlich Anzeige, ist der §. 80 des Gebührengesetzes vom 9. Februar 1850 in der Art anzuwenden, dass die zweifache Gebühr während des ganzen zehnjährigen Zeitraumes, für welchen die Bemessung des Gebührenäquivalentes zu geschehen hat, einzuheben ist, wofern der Äquivalentpflichtige nicht früher aus jenem Genusse tritt, dessen Einbekennung er unterlassen hat.

Die Verheimlichung oder unrichtige Angabe der einzubekennenden Gegenstände unterliegt nach §. 84, Z. 3 des Gesetzes vom 9. Februar 1850 der Behandlung nach dem Strafgesetze über Gefälligübertretungen (Absatz 7 des Finanz-Ministerialerlasses vom 30. März 1852, R.-G.-Bl. Nr. 85).

V. Bemessung und Einzahlung des Gebühren-Aequivalentes.

1. Vorschriftung.

§. 25. Die Bekenntnisse werden nach ihrem Einlangen mit den bisherigen Vormerkungen verglichen und sodann den betreffenden Steuerämtern mitgetheilt, welche sie mit ihren Catastralvormerkungen zu vergleichen und hinsichtlich des Ergebnisses, sowie der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben und der ortsüblichen Kaufwerte ihr Gutachten und ihre Anträge wie über andere Bemessungsacte zu erstatten haben.

§. 26. Die Finanzbezirksdirection, beziehungsweise das Gebührenbemessungsamt bemisst die Gebühr, entscheidet über die Gebührenfreiheit einzelner Objecte, gibt dem Gebührenäquivalentpflichtigen den angenommenen Wert und den ausgemittelten Gebührensatz mittels Zahlungsauftrages nach dem beiliegenden Muster D., sowie auch jene Gegenstände bekannt, hinsichtlich welcher dem Ansprüche auf Gebührenfreiheit nicht stattgegeben werden konnte.

§. 27. Mit dem Gebührenäquivalente ist zugleich der 25 procentige Zuschlag für das ganze Decennium mit dem Vorbehalte allfälliger Änderungen vorzuschreiben.

Einzahlungstermine des Gebührenäquivalentes.

§. 28. Der auf ein Jahr entfallende Betrag des für dieses Decennium vom beweglichen und unbeweglichen Vermögen bemessenen Gebührenäquivalentes ist in gleichen anticipativen, am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. October eines jeden Jahres fälligen Quartalsraten einzuzahlen. (Gesetz vom 18. März 1872, §. 1. R.-G.-Bl. Nr. 33).

3. Entrichtung des Gebührenäquivalentes von vacanten Pfründen.

§. 29. Das Gebührenäquivalent von vacanten geistlichen Pfründen ist ohne Unterbrechung fortzuentrichten, wenn auch die Intercalareinkünfte einer nach Tarif-Post 75 des Gesetzes vom 9. Februar 1850 befreiten Person (Fond) zuzukommen haben.

Das Gebührenäquivalent für die Dauer der Intercalarzeit ist erst nach Beendigung derselben von dem Intercalarfonde (Religionsfonde) auf einmal einzuzahlen.

4. Folge der verzögerten Einzahlung.

§. 30. Im Falle der verzögerten Einzahlung werden die 6 procentigen Verzugszinsen von dem auf den festgesetzten Einhebungstermin nächstfolgenden Tage an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit berechnet, und mit derselben eingehoben. (Gesetz vom 18. März 1872, §. 2, R.-G.-Bl. Nr. 33).

5. Provisorische Einhebung des Gebührenäquivalentes.

§. 31. Damit jedoch die Einhebung des Gebührenäquivalentes durch, der Bemessung entgegenstehende Hindernisse keinen Aufenthalt erleide, ist dasselbe, solange die Bemessung für das fünfte Decennium nicht erfolgt, nach dem Ausmasse des vierten Decenniums provisorisch gegen nachträgliche Richtigstellung einzuheben und dessen Empfang auf dem bisherigen Zahlungsbogen zu bestätigen.

Erst wenn die Gesamtgebühr, welche der einzelne Aequivalentpflichtige von seinem Vermögen im fünften Decennium zu entrichten hat, festgestellt sein wird, ist die gegenwärtige Gebührenvorschriftung (Zahlungsbogen) einzuziehen und demselben der neue Zahlungsauftrag mit der erforderlichen Abrechnung zuzustellen.

Dunajewski.

Muster A3.

Verzeichnis

Jener unbeweglichen Sachen, in Ansehung deren die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebühren Aequivalentes erst nach dem 1. Jänner 1891 eintritt.

Post-Nro	Gegenstand. Grundstücke. Gebäude (Bauarea)	Rechtstitel und Zeitpunkt der Erwerbung	Amt, bei wel- chem die Ge- bühr vorge- schrieben ist	Zahlungsauf-	<i>Anmerkung</i>
				trag d in . . . vom . . . Zahl	

Muster B.

(1 Seite).

Einbekenntnis des beweglichen Vermögens

nach dem Vermögensstande am 1 Jänner 1891.

Gegenstand	W e r t				Richtig ge- stellter Betrag		<i>Anmer- kung</i>
	laut Rechnung, Angabe des Verpflichteten, gerichtlicher Schätzung Börsecurs		einzel	zusammen			
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	
I. Activstand.							
1. Bares Geld, und zwar abgesondert:							
Gold							
ausländische Silbermünzen							
ausländisches Papiergeld							
Zinsen von Capitalien, welche aus der Zeit vor dem 1 Jänner 1891 im Rückstande haften u alles andere							
2. Capitalien, angelegt: laut Specification							
a) Bei Privaten u. zw abgesondert: in							
Gold							
in ausländischer Silbermünze							
in ausländischem Papiergelde							
in anderen Geldsorten							
für bereits abgelöste Naturalleistungen an geistliche Beneficien oder an Kirchen							
b) in öffentlichen Fonds							
c) in anderen Wertpapieren							
3. Arbeiten in Gold und Silber							
4. Pretiosen							
5. Vorräthe, welche nicht als fundus in- structus der dem Bekenntnisleger ge- hörenden unbeweglichen Sachen anzu- sehen sind							
6. Viehstand, nicht zum fundus instructus der unbeweglichen Sachen gehörigen							
7. Einrichtungsstücke und Gerathschaften							

(3 Seite).

Specification

der Gegenstände, von welchen die Gebühr erst später einzutreten hat. *)

Post-Nummer	Erwerbstitel und Zeit der Erwerbung	Gattung der bewe- glichen Vermögens	Datum	Serie der Nummer	Nennwert		<i>Anmerkung</i>
					fl.	kr.	

*) **Anmerkung.** Hier sind nur solche bewegliche Sachen anzuführen, welche durch Schenkung, Stiftung oder Vermögensübertragung von Todeswegen erworben wurden.

(4 Seite).

Specification

der auf dem beweglichen und dem hierländigen unbeweglichen Vermögen haftenden Passiva.

Post-Nummer	Name des Gläubigers	Gattung der Schuld- urkunde	Datum	Nennwert		<i>Anmerkung</i> (ob hyptheciert oder nicht)
				fl.	kr.	

Muster C.

(1. Seite).

Kronland : _____

Steuerbezirk : _____

Finanzbezirk : _____

Bekanntnis

de

zur Bemessung des Gebührenäquivalentes von dem Werte der Jagd-, Fischerei-, Mühl- und Schankrechte, die in der Regel zum unbeweglichen, dann der Markt-, Mauth- und Überfuhrrechte, die in der Regel zum beweglichen Vermögen gehören, für die Zeit vom 1. Jänner 1891 bis Ende December 1900.

Anmerkung. Die Rubriken »Anerkannter oder richtig gestellter Wert« und »Blattseite des Catasters« sind der ämtlichen Ausfüllung vorbehalten.

Z a h l u n g									
Journal-Artikel	Z e i t		Betrag der Zahlung				Unterschrift des Cassabeamten	Anmer- kung	
	wann	wofür	f ü r		Verzugszinsen	in Ganzen			
			unbewegli- ches	bewegli- ches					
	gezahlt wurde		Vermögen		fl. kr.	fl. kr.			
			fl. kr.	fl. kr.					

(4. Seite).

A. Register Z.

dem k. k. Steueramte in
zur Vorschreibung und Zustellung an die Partei.

Zahlungsauftrag

für

Im Grunde des Gesetzes vom 13. December 1862, Tarifpost 106 B. e. und des hohen Finanz-Ministerialerlasses vom 25. Mai 1890 (R.-G.-Bl. Nr. 101) sind an Gebüh-
renäquivalent für das V. Decennium zu entrichten, und zwar.

a) *Vom unbeweglichen Vermögen.*

Gebühr	
fl.	kr.
Zusammen .	

Sage! wovon der auf ein Jahr entfallende Betrag in gleichen
anticipativen, am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. October fälligen Quartalsraten ein-
zuzahlen ist.

Im Falle einer verzögerten Einzahlung sind die 6-procentigen Verzugszinsen
von dem auf den festgesetzten Einhebungstermin nächstfolgenden Tage an bis zur Ab-
stattung der fälligen Schuldigkeit zu entrichten.

Gegen diese Bemessung kann ein Recurs binnen 30 Tagen, von dem der Zu-
stellung nächstfolgenden Tage an gerechnet, nur bei dieser (diesem) k. k. Finanzbezirks-
direction (k. k. Gebührenbemessungsamte) eingebracht werden.

K. k. Finanzbezirksdirection (K. k. Gebührenbemessungsamt).

am 18

L. 389.

Przepisy co do Postu ścisłego i co do Abstynencyi, oraz co do dyspenzy tak od Postu jako też i Abstynencyi na czas od Popielca 1891 do Popielca 1892.

Post według nauki Kościoła św. jest dwojaki:

Post ścisły, i tak zwana *Abstynencya* t. j. wstrzymanie się od potraw mięsnych.

Post ścisły zależy na tem, że się wstrzymujemy zupełnie od *mięsa*, od *na-
biatu i jaj*, i że tylko *raz na dzień i to w południe*, posilamy się do sytości, na wieczór zaś dozwolony jest tylko lekki posiłek.

Taki ścisły Post nakazanym jest:

1) *We wszystkie dni Wielkiego Postu*, począwszy od Środy Popielcowej aż do Soboty Wielkiej włącznie, z wyjątkiem Niedzieli tegoż Wielkiego Postu.

2) *W Suchedniowe Środy, Piątki i Soboty*, które w roku 1891 przypadają

na Wiosnę: 18, 20, 21 Lutego.

w Lecie: 20, 22, 23 Maja.

w Jesieni: 16, 18, 19 Września.

w Zimie: 16, 18, 19 Grudnia.

3) *W Adwentowe Środy i Piątki*.

4) *W Wigilie: Zielonych Świątek, — Św. Apostołów Piotra i Pawła, — Wniebowzięcia N. M. Panny, — Wszystkich Świętych i Bożego Narodzenia*.

Uwolnieni od ścisłego Postu są a) wszyscy, którzy jeszcze nie ukończyli 21 roku życia swego, i ci którzy już przekroczyli życia swego rok 60-ty; b) wszyscy chorzy i słabowici t. j. którym Post ścisły szkodzi na zdrowiu, oraz rekonwalescenci; c) *nie-
wiasty* w stanie brzemiennym, i te które własnymi piersiami karmią niemowlęta; d) *ubodzy*, którzy nie mają takiego obiadu, przy którym do sytości nakarmiłby się mogli; e) wszyscy *ciężko fizycznie lub umysłowo* pracujący.

Post nie ścisły czyli tak zwana Abstynencya zależy na tem, że wolno *kilka razy na dzień* jeść do sytości, z wykluczeniem *mięsnych potraw*.

Taka *Abstynencya* nakazana jest:

1) *We wszystkie Niedziele Wielkiego Postu*.

2) *We wszystkie Piątki i Soboty całego roku* (per annum) (wyjąwszy Piątki i Soboty w Wielkim Poście, Piątki i Soboty Suchedniowe, Piątki Adwentowe, i gdyby w Piątek lub Sobotę przypadła jedna z wyżej przytoczonych wigilij).

3) *W trzy dni Krzyżowe*, poprzedzające Uroczystość Wniebowstąpienia Pańskiego.

Ponieważ zachowanie ścisłego Postu, tak jak go Kościół św. pojmuje i nakazuje, dla wielu z pomiędzy Wiernych Dyecezyi Naszej, jest bardzo trudnem a poniekąd nawet niemożliwym, przeto na mocy władzy nadanej Nam przez św. Stolicę Apostolską p. d. 17 Października 1886, udzielamy następującą dyspenzę na rok przyszły t. j. na czas aż do Popielca 1892.

Pozwalamy: 1) Używać *nabiału i jaj* we wszystkie dni Postu Wielkiego z wyjątkiem Wielkiego Piątku.

2) Używać *mięsnych potraw* we wszystkie Poniedziałki, Wtorki i Czwartki Wielkiego Postu z wyjątkiem Wielkiego Czwartku, z zastrzeżeniem, że to używanie mięsnych potraw dozwalamy *raz tylko* na dzień, i to na *obiad*, i aby przy tymże obiedzie *równocześnie z mięsem nie pożywać ryb*. Wolno jednak na wieczerzę jeść ryby, mimo że się na obiad pożywało mięso. W Niedzielę Wielkiego Postu można i więcej razy na dzień pożywać mięso.

3) Używać na śniadanie kawy, herbaty, mleka lub innej polewki, byle zawsze posiłek ten na śniadanie był płynny i nie w wielkiej ilości.

Również udzielamy Dyspenzy od *Abstynencyi* we *Wszystkie Niedziele* Wielkiego Postu, *w dni Krzyżowe*, które w r. b. przypadają na 4, 5, 6 Maja — *w Soboty Adwentowe* i w Soboty per annum (wyjąwszy Soboty W. Postu, Suchedniowe i te, na które przypada jedna z wyżej przytoczonych wigilij).

Spowiednikom do słuchania spowiedzi przez Nas aprobowanym dajemy władzę udzielania powyższych dyspenz tylko in actu Sacramentalis Confessionis.

Z dyspenz powyższych korzystać mogą także *osoby zakonne* obojej płci, o ile przepisy reguły zakonnej, na korzystanie z tych dyspenz im pozwalają.

Ci, którzy z dyspenzy niniejszej korzystać będą, zmówią w te dni, w których będą z dyspenzy korzystali psalm L., „Miserere mei Deus“ — albo Litanie do N. M. P., lub 5 Ojcie Nasz, tyleż Zdrowaś i trzy razy: Któryś cierpiał za nas rany... Kapłani korzystający z dyspenzy dodadzą do psalmu „Miserere“ modlitwę: „Deus qui culpa offerendis“... i trzy razy: Qui passus es pro nobis...

Modlitwy te zastąpić można jałmużną, którą złożyć należy do rąk Proboszcza na cele takie, jak: na restaurację Kościoła katedralnego w Tarnowie — na Bursę św. Kazimierza w Tarnowie, lub na Świętopietrze.

Nakoniec upoważniamy wszystkich księży Proboszczów i administratorów, czyli rządców parafii, aby osobom, które dla słabości zdrowia lub innej przyczyny potrzebować będą jeszcze obszerniejszej ulgi, mogli dawać dyspenzy tak w konfesyjone, jak i po za nim. Innych zaś Kapłanów upoważniamy do tego tylko w konfesyjone.

Powyższe dyspenzy są tak obszerne, że starodawny rygor postów prawie ad minimum przez nie jest doprowadzony. To też mamy w Bogu nadzieję, że z postu szeństwa ku Kościołowi świętemu, przynajmniej tak lekki post zachowacie.

NOTA I. Promulgatio praesentis litterae Pastoralis relinquitur prudentiae et discretioni Venerabilis Cleri Curati, i. e. publicetur in ecclesiis ex s. suggestu in civitatibus et locis, quibus dantur fideles, huiusmodi gratia indigentes.

NOTA II. Confessio Paschalis in Parochiis ultra 3000 animarum potest incipi a Dominica II. Quadragesimae; in Parochiis minorem numerum animarum habentibus, a Dominica III. Quadragesimae. Volumus autem, ut terminetur Confessio Paschalis die Festo Ascensionis D. N. J. Chr. inclusive. Omnes Confessarios a Nobis ad excipiendas fidelium SS. Confessiones approbatos, exornamus ad totum tempus Confessionis Paschalis facultate absolvendi a casibus Sedi Nostrae reservatis.

N. 3722.

Polecenia nowych książek.

Ks. Antoni Brykczyński, prof. wymowy w seminaryum Plockiem, administrator parafii Goworowo, przy współudziale byłego swego ucznia, a obecnie wikarego X. Walentego Załuskiego wydał dziełko p. t. „*Miesiąc Maryi dla Kaznodziejów i wiernych*“, aprobatą Biskupią opatrzone. (Warszawa r. 1891 drukarnia Stan. Niemiry, Plac Warecki N. 4). Jestto spory tom w 8-ce str. 638, zawierający na każdy dzień miesiąca Maja a) kazania, b) nauki, c) teksty pisma św., d) cytaty Ojców Kościoła e) czytania pobożne i przykłady i t. p. materiały kaznodziejskie. Treść nauk i kazań jest dogmatyczno-moralna, ascetyczna, liturgiczna i historyczna; styl prosty, z namaszczeniem apostostolskiem; cały układ dzieła dość zręczny i praktyczny pozwala kapłanowi kaznodzieji wybrać dla siebie to, co jego usposobieniu, retorycznemu uzdolnieniu i potrzebom słuchaczy słowa Bożego lepiej odpowiadać będzie. Z tego powodu polecamy dziełko to jako podręcznik do nauk Majowych, tem więcej, że na treść jego składają się sami polscy kaznodzieje od Wujka i Skargi począwszy, aż do głośnych za dni naszych Goliana, Woronicza, Prusinowskiego, Izakowicza i t. p. i mamy nadzieję, że miłe będą i Królowej Nieba Maryi te drobne kwiaty wymowy polskiej splecione w wiązanek przynoszącą nie mały zaszczyt jej autorom. Zamówienia na to dzieło należy posłać do Warszawy, drukarnia St. Niemiry, plac Warecki N. 4, albo wprost do autora w Plocku.

N. 4184.

Zasłużony na polu literatury naszej kościelnej ks. Dr. **Józef Krukowski**, proboszcz kolegiaty św. Floryana w Krakowie, zaszczytnie znany autor „Teologii pasterskiej, Katechetyki katolickiej“ i wielu cennych dzieł kaznodziejskich, wydał obecnie nowe dzieło p. t. „*Rocznik Kazań*“, obejmujące kazania na niedziele i święta całego roku kościelnego z dodatkiem 6 kazań przygodnych. Jestto praca bardzo sumienna, zalecająca się oryginalnością, gładkim stylem i praktycznością. Dlatego też gorąco polecamy „Rocznik Kazań“ w przekonaniu, że kapłanom—kaznodziejom, zwłaszcza parafialnym, nie mającym wiele czasu do wypracowania oryginalnych kazań, niepoślednią odda przysługę w głoszeniu słowa Bożego.

Odpowiedź na wnioski poczynione na Kongregacjach dekanalnych odbytych w r. 1888.

1. W dyskusyi nad tematem z teologii pasterskiej oświadczyli kapłani pewnego dekanatu, że proboszczowie czynią zadość obowiązkowi wizytacyi parafian

odwiedzając ich czy to osobiście czy też przez swoich wikaryuszów w czasie kolendy.

Ordynaryat Biskupi na to zdanie zgodzić się nie może. Sw. Sobór Trydencki sess. 23. c. 1. de ref. wyraźnie mówi, iż „*praecepto divino mandatum est omnibus, quibus animarum cura commissa est, oves suas agnoscere*“. Jeżeli ten rozkaz Boży, zawarty w ewangelii ś. Jana roz. 10. w. 14. i roz. 21. w. 15—17, i inne obowiązki duszpasterza przez Sobór w cytowanym rozdziale wyliczone należycie rozważymy, to przyjdziemy do przekonania, że tu Sobór Trydencki rozumie poznanie swoich owiec t. j. parafian nabyte przez własne, osobiste zetknięcie się z parafianami, które może mieć miejsce przy różnych okolicznościach ale szczególnie przy wizytacyi parafii naumyślnie ad hoc podjętej.

Wizytacya dokonana przez wikaryusza może się jemu przydać i być pożyteczną; słabe tylko korzyści może mieć z niej proboszcz, a nawet żadne, skoro wikaryusz zostanie przeniesionym na inne miejsce.

Inaczej patrzy na ludzi, stosunki, potrzeby kapłan młody i zastępca, któremu nimo najlepszych chęci często brak doświadczenia, a inaczej kapłan starszy, doświadczniejszy, poczuwający się do władzy i odpowiedzialności. Inaczej też słuchają i poważają parafianie swego proboszcza a inaczej wikarego. I dlatego jakkolwiek w powszechne użycie weszło, iż wizytacya parafian odbywa się prawie wszędzie przez XX. Wikaryuszów, w czasie kolendy, to jednak XX. Proboszczowie niechają się nie uważają za zwolnionych od obowiązku nawiedzania parafian osobiście, i to wszystkich bez wyjątku, w porze roku dla siebie i dla nich dogodnej, by ich w domu mogli zastać. Bodaj każdy proboszcz, co roku choć jedną wioskę swej parafii w ten sposób nawiedził, jak to przepisuje list pasterski Bernarda Maciejowskiego, Kardynała i arcybiskupa gnieźnieńskiego w rozdziale: de visitatione parochiarum, niewątpliwie spłynęłoby na tę jego pracę obfite błogosławieństwo Boże i odnowiłoby się rychło oblicze jego parafii.

Nadmienić musimy, że przy podobnej wizytacyi odbytej poza czasem zwykłej kolędy żadnych danin przyjmować ani domagać się nie wolno; przy nawiedzaniu zaś parafian w czasie kolendy można wprawdzie przyjąć, co lud ze zwyczaju dobrowolnie ofiaruje; surowo zaś zabraniamy żądać datków w większej ilości lub w pewnej jakości.

2. Na kongregacyi Dekanatu Dąbrowskiego postawiono pytanie, czy rozporządzenie Konsystorza Biskupiego dotyczące się sług chrześcijańskich u żydów, zamieszczone w Kurr. V. z r. 1883 ma być ogłoszone z ambony czyli nie? Ordynaryat Biskupi nie domaga się ponownego ogłoszenia z ambony ale upomina duszpasterzy aby ustawiczną i troskliwą opieką otaczali osoby, o których mowa, i czuwali nad niemi, aby na duszy pod względem wiary i dobrych obyczajów szwanku nie poniosły.

3. Kapłani zgromadzeni na Kongregacyi Dekanatu Łąckiego proszą Konsystorz Biskupi o interwencyą do c. k. Władz szkolnych, by mieszkańcy wiosek, gdzie są szkoły, posyłali regularnie konie po XX. Katechetów, oraz by XX. Proboszczowie byli uwiadami w należytych czasie o terminie egzaminów w pojedynczych szkołach.

Co do pierwszej części prośby Ordynaryat Biskupi poleca dotyczącym XX. Proboszczom, by sami upominali tych wójtów, którzy zaniedbują posłać konie po katechetę, jak tego wyraźne rozporządzenia c. k. Rady szkolnej krajowej się domagają:

gdyby zaś te upomnienia nie skutkowały, należy się odnieść do c. k. Rady szkolnej, a ta zarządzi, co będzie należało, by niedbałych lub opornych zmusić.

Co do drugiej części zaś Ordynaryat Biskupi oświadcza, iż sam po otrzymaniu od c. k. Rad szkolnych okręgowych wykazu egzaminów zawiadamia XX. Proboszczów naprzód o terminie egzaminów w szkołach ludowych dotyczącego okręgu szkolnego.

4. Kongregacya Dekanatu Staro-Sądeckiego prosi, by Ordynaryat Biskupi dawał ubogim dyspenzy od przeszkód małżeńskich *darmpo* celem *uniknięcia konkubinatu*.

Ordynaryat Biskupi przypomina, że taksy za dyspenzy wspomniane mają oprócz innych celów także i ten, by dyspenzy *utrudnić* i podwładnych do zachowania prawa kościelnego skłonić.

Zauważa również Ordynaryat Bpi, że z tych taks utrzymuje materyały kancelaryjne, i co roku zdaje z *nich rachunek c. k. Namiestnictwu*. Znajdują się ludzie wprawdzie ubodzy, którzy jednak mimo ubóstwa taksej rzeczywiście bardzo niską uiszczyć są gotowi, byle dyspenzę otrzymać i celu swego dopiąć. Nie można tedy uwolnieniem od zapłacenia taksy ludzi niejako *zachęcać do niezachowania ustaw kościelnych*; jeżeliby zaś zdarzył się wypadek wielkiej nędzy a do tego niebezpieczeństwo konkubinatu było nieuniknionem, niechaj XX. Proboszczowie w podaniu o dyspenzę uwydatnią to a Ordynaryat Biskupi *wyjątkowo* opuści takse, lub będzie prosił Stolicy św. o darowanie tejże.

5. Kapłani tegoż Dekanatu prosili o wyjednanie u c. k. Rządu zaliczki na kosztia podróży dla XX. Wikaryuszów z okazji przeniesienia na inną stacyą. Ordynaryat Biskupi uznaje słuszność tego żądania, jednakowoż oświadcza, że w tej mierze możnaby się spodziewać wtedy tylko pomyślnych rezultatów, gdyby nie jeden ale wszystkie Ordynaryaty Biskupie tej części Monarchii poczyniły stosowne kroki. Co w Naszej mocy leżało, tośmy uczynili, udając się w swoim czasie z przedstawieniem do Najprzew. Ordynaryatu Metropolitalnego.

Co się tycze zaś wniosku, by Konsystorz Biskupi wystarał się o remuneracyą dla tych XX. Proboszczów, którzy czasowo spełniają obowiązki za wikaryusza u siebie systemizowanego, z funduszu religijnego płatnego, ale na razie nieobecnego, Ordynaryat Biskupi uważa go za niewłaściwy do poważnego traktowania.

6. Prośba tejże Kongregacyi o dyspenzę dla Kapłanów od abstynencyi a *carribus* w zwyczajne soboty roku uwzględnioną i załatwioną została w dotyczącym liście pasterskim z początkiem roku ogłoszonym. Kurr. III. 1890, str. 19, nr. 3.

7. Kapłani Dekanatu Brzeskiego prosili o decyzyą, czy i kiedy można odprawić mszę św. *coram exposito SSmo in pyxide*, gdy o to proszą parafianie? Pozwalamy na taką ekspozycyą, kiedykolwiek zachodzi *causa gravis et publica* i. e. *tangens vel totam parochiam vel saltem pagum unum eiusdem*.

8. Na kongregacyi pewnego Dekanatu naznaczono porządek oracyom we mszy *żałobnej codziennej wbrew przepisom liturgicznym*. Przypominamy, że ile razy Kapłan odprawia mszę św. żałobną pro uno defuncto według formularza ostatniego (*in missis quotidianis*) winien brać trzy oracye: 1sza *Deus, qui inter apostolicos*, jak we mszale na

pierwszem miejscu stoi, — 2ga albo ta, co na drugim miejscu jest podana albo też ad libitum pro respectivo defuncto — 3cia Fidelium Cfr. Falise: Liturgiae practicae Compendium, Ratisbonae, 1876, pag. 393.

N. 2220.

Towarzystwo św. Rafała.

Pod prezydencją księcia Jana Szwarzenberga zawiązało się w Wiedniu Towarzystwo pod wezwaniem Ś. Rafała, które sobie położyło za cel otaczać swoją opieką wychodźców do Ameryki, zbyt często narażonych na utratę wiary, cnoty i mienia. Nie aby przez to do tem liczniejszego wychodźstwa zachęcać, lecz aby wychodźców od różnych złych wpływów, od siideł przewrotnych agentów uchronić, bierze wspomniane towarzystwo w opiekę każdego, kto się zdecydował do wyemigrowania, i to od chwili wyjazdu aż póki nie stanie u celu podróży, czyli aż do znalezienia odpowiedniego zajęcia, któreby mu zabezpieczało byt w zamorskich krainach.

Ktoby się chciał bliżej w tym kierunku poinformować, zechce zgłosić się do sekretarza tegoż Towarzystwa pod adresem: *Dr. Wiard Klopp, Finanz-Assesor. Penzing bei Wien, Parkgasse Nr. 84*, albo do *ks. Dr. Chotkowskiego, profesora na Uniwersytecie w Krakowie*.

Nr. 65.

1891

Zbieranie składek przez Zakony żeńskie ogranicza się.

Zbieranie składek przez członków Zakonów żeńskich lub podobnych im Kongregacyj jest pod niejednym względem połączone z ważnemi niewłaściwościami.

Z tego powodu Ordynaryat Biskupi w myśl uchwały ostatniego pełnego Zgromadzenia Biskupów austriackich widzi się spowodowanym w tej sprawie wydać następujące zarządzenia:

1. *Zabraniaemy członkom Zakonów żeńskich lub podobnych im Kongregacyj z obcej Dyecezyi zbierać składki w tutejszej Dyecezyi. Zakaz niniejszy tyczy się także kobiet świeckich, które mają upoważnienie do zbierania składek od Zakonów żeńskich lub podobnych im Kongregacyj obcej Dyecezyi.*

2. Członkom Zakonów żeńskich lub podobnych im Kongregacyj *Naszej Dyecezyi* udzielimy na ich uprzednią prośbę, z którą w każdym pojedynczym wypadku do Nas się odnieść mają, pozwolenie zbierania składek *tylko w tej okolicy*, w której obrębie mogą znaleźć każdorazowy nocleg albo w swym macierzyńskim domu albo w jednym z domów filialnych albo też za dozwoleństwem przełożonych w innym klasztorze żeńskim.

N. 347.

Potwierdzenie odbioru Świętopietrza za rok 1890.

Ze składek zebranych w r. 1890 na cele Świętopietrza posłaliśmy przez ręce Agenta Naszego w Rzymie p. Augusta Gregori okrągłą sumę 1000 zhr. Dnia 17 Stycznia r. b. nadesłał Nam Maestro di Camera di S. Santita Francesco della Volpe potwierdzenie odbioru tej kwoty z tém, że Ojciec Św. Leon XIII. przyjmując dar ten najlaskawiej udziela szczególne Błogosławieństwo Apostolskie wszystkim Kapłanom i Wiernym Dyecezyi Tarnowskiej. — Rządcy Kościołów ogłoszą tę wiadomość Wiernym swoim z ambony.

N. 390.

Mutationes inter Venerabilem Clerum.

Stopa Iosephus e Limanowa translatus ad Kolbuszowa et *Golonka Stanislaus* e Mszana dolna ad Limanowa — *Mamak Antonius* institutus pro Beneficio de Bobowa — *Janik Adalbertus*, translatus e Bobowa ad Szczepanów — *Janus Michael* e Szczepanów ad Kamienica et *Smolucha Ladislaus* e Kamienica ad Zawada — *Ekiert Michael* e Zawada ad Mszana dolna — *Młyniec Adalbertus*, institutus ad Beneficium curatum in Siemiechów — Dr. *Mrugacz Iosephus*, constitutus Catecheta auxili. in Seminario paedagogico Tarnoviae. — Decorati: *Maciąga Ioannes* et *Buczkowski Casimirus* usu R. et M. et *Wilczkiewicz Antonius* usu Expositorii can.

E Consistorio Episcopali.

Tarnoviae, die 21. Januarii 1891.

IGNATIUS
Eppus.

Walczyński
Cancellarius.